

englischen Arbeiter sollen das mit ihrer Regierung tun und insbesondere mit seiner Regierung. Ein Delegierter fragte, ob die Regierung ebensolche Mittel gebraucht habe, ihre Vorschläge den Mittelmächten zu unterbreiten wie diese überreichte. Lloyd George antwortete, die Delegierten könnten sich darauf verlassen, daß die Regierung Frieden schließen wüßte, wenn irgend eine begründete Aussicht bestünde, unter Bedingungen, die für sie (die Delegierten) ehrenhaft wären, Frieden zu schließen. Es ist Aufgabe der Regierung, auf Entschädigungen auszugeben. Wir wachen und beobachten natürlich fortwährend, ob irgendwelche Anzeichen dafür vorhanden sind, daß die deutsche Regierung wieder vernünftig wird. Leider muß ich sagen, können wir nichts anderes entdecken, als völlige Verbärtung und feste Entschlossenheit, einen rein militärischen Triumph zu erzielen.

Ueber den Ausdruck der Freiheit der Meere befragt, sagte Lloyd George: Ich möchte gern wissen, was die Freiheit der Meere bedeutet. Bedeutet sie Befreiung von den U-Booten oder Ausschließung dieses Landes? Wir müssen uns aber sorgfältig vor jedem Verluße einer Störung unserer Küstenschutz hüten und ebenso vor jeder Störung unserer Schifffahrt. Ein Delegierter fragte: Ist der Premierminister wünschenswert, angesichts der erklärten Einkimmigkeit der Alliierten mit den Kriegszielen dieser Versammlung zu erklären, daß Schritte unternommen wurden, um die Kriegsziele Amerikas und der Alliierten zu konsolidieren, damit Deutschland eine einheitliche Front entgegengesetzt werde. Lloyd George antwortete: Wir hoffen auf die große Konferenz in Paris, die vor etwa 2 Monaten arbeitete, dazu in der Lage zu sein. Die Vertreter der russischen Regierung kamen darüber. Aber hier ereilte sie das Verhängnis. Es war ganz unmöglich, eine Koordinierung der Kriegsziele der Alliierten in Abwesenheit von Vertretern der russischen Regierung zu versuchen. Das war die Ursache, warum die Beratungen darüber nicht begannen. Konstantinopel war eines der Probleme. Wir hätten Konstantinopel als Kriegsziel ohne Zustimmung der russischen Regierung nicht fallen lassen können. Ich gebe zu, daß eine neuerliche Zusammenkunft wünschenswert wäre, wenn über die Kriegsziele der Alliierten, die von Wilson und mir dargelegt wurden, irgend ein Zweifel bestände. Aber bisher herrschte nur völlige Uebereinkimmung. Ein Delegierter fragte: Will Lloyd George erklären, was er unter „Rekonstruktion der Stellung Ost-Lothringens“ versteht.

Lloyd Georges antwortete: Ost-Lothringen war für die Franzosen 40 Jahre lang eine offene Wunde. Sie konnten während dieser Zeit nicht in Frieden leben. Ihre Ansicht ist zweifellos, daß es keinen Frieden mit Frankreich gibt, bis diese Frage ein für allemal erledigt ist, und daß diese Angelegenheit beschleunigt werden muß, wenn es nicht zu einer ganzen Reihe von Kriegen in Europa kommen soll. Unsere Ansicht ist deshalb, daß das französische Volk in erster Linie zu entscheiden hat, was es als Gerechtigkeit betrachtet. Die Regierung ist entschlossen, der französischen Demokratie in ihrem Kampfe beizustehen. Ein Delegierter fragte: Ist es das französische Volk oder das Volk Lothringens, das über seine Lage klagt. Lloyd George antwortete: Ein sehr beträchtlicher Teil der elsaß-lothringischen Bevölkerung wurde von den Deutschen gewaltsam expropriert. Einige von ihnen wurden aus dem Lande vertrieben. Wenn ihr die wirkliche Bevölkerung von Ost-Lothringen nehmt, so besteht kein Zweifel, daß die überwiegende Mehrzahl für die Rückkehr unter französischer Flagge ist. Ein Delegierter fragte, ob Lloyd George sich sofort verpflichten wolle, daß im Falle einer Erzielung eines Abkommens, wie es von ihm angedeutet wurde, die militärische Dienstpflicht ohne Verzögerung in England rückgängig gemacht würde. Lloyd George antwortete: Ich hoffe es. Wir kämpfen darum, daß nicht nur im eigenen Lande, sondern in allen Ländern Verhältnisse eintreten, die die Dienstpflicht rückgängig machen. Wir wollen das, was jetzt geschieht, für immer unmöglich machen. Die Frage ist nicht, ob wir der Dienstpflicht in diesem Lande ein Ende machen, Ihr müßt ihr in allen Ländern ein Ende machen.

Außer der Feststellung, daß „Freiheit der Meere“ ein höchst elastischer Begriff ist, interessiert und am meisten, was Lloyd George über die sogenannte „elastische Frage“ gesagt hat. Wenn diese „Frage“ nicht ein für allemal geregelt würde, bliebe sie in alle Ewigkeit der Nährboden künftiger Kriegszüge. Ganz richtig: Wenn das Reichsland jetzt wieder unter die französische Hand zurückgegeben würde, dürften wir Deutschen nicht ruhen, bis ein neuer Krieg unsere verpfändete nationale Ehre wieder hergestellt hätte. Eine Schraube ohne Ende würde entstehen, und das nachbarliche Verhältnis zwischen Deutschen und Franzosen genau so vergiftet bleiben, wie es in den letzten Jahrzehnten gewesen ist. Ein für allemal muß der Streitpunkt aus der Welt geschafft werden und zwar, indem Frankreich endgültig seinen Anspruch aufgibt, ein urdeutsches Land beherrschen zu wollen. Herr Lloyd George glaubt sich nämlich über die politischen Verhältnisse im Elsaß durch einen gelegentlichen Reiseausflug dorthin unterrichtet zu haben; bekanntlich schon ganz im allgemeinen eine recht fragwürdige Art, den Charakter von Land und Leuten zu erfahren. In einem Grenzwärterhaus auf der französischen Bogenfront hat man ihm erzählt, daß allmonatlich Deutschhelfer herüberkämen, um den Feiertag auf französischer Erde frohstimmiger zu genießen! Das soll als Zeugnis gelten für die Gesinnung der großen Mehrheit, die weiter ab vom Bereiche der französischen Propaganda wohnt! Solcher Oberflächlichkeit des Urteils sollte sich eigentlich ein englischer Minister schämen! — Augleich freilich möchten wir aus einem Zeitungsbericht, die Franzosen sollten entscheiden, auch einen heimlichen Wunsch herauszuhören, daß diese ihren Verbänden den Weg zum Frieden doch durch Nachgiebigkeit erleichtern möchten. Aber mag es so oder so gemeint sein: nicht die Franzosen haben zu bestimmen, was aus dem Elsaß werden soll. Für uns existiert nun einmal keine „Elsaß-lothringische Frage“.

Die Lage in Rußland.

Behebungsgelder. Die Petersburger Telegraphen-Agentur veröffentlicht eine große Reihe von Einzelheiten über die ungeheuren Summen von Behebungsgeldern, die die zaristische Regierung an rumänische Politiker und Journalisten gezahlt hat.

Ein Bankbruch der Petersburger Regierung. Die Petersburger Regierung verbreitet folgenden Fünfpunkt: Petersburg, d. 19. Januar 1918. Gestern am 18. Januar wurde die konstituierende Versammlung eröffnet. Die Versammlung hat der Genosse Swerdlow eröffnet. Zum Vorsitzenden wurde Tschernow gewählt. Der Genosse Swerdlow schlug im Namen des Zentral-Vollzugsausschusses der konstituierenden Versammlung vor, die Macht der Räte und alle Dekrete, die vom Räte der Volkskommissare veröffentlicht würden, bis zur Klarstellung der Beziehungen der konstituierenden Versammlung zur Regierung der Räte anzuerkennen. Die Mitglieder der konstituierenden Versammlung und zwar die der bolschewistischen und der linken sozialrevolutionären Fraktion verließen den Sitzungssaal. Am Tage der Eröffnung der konstituierenden Versammlung fanden Kundgebungen statt. Die Soldaten, Arbeiter und Matrosen haben an den Kundgebungen nicht teilgenommen. In Petersburg wurde ein marinerevolutionärer Ausschuss gebildet. Die Ordnung in der Stadt wird durch Bolschewiken und die Soldaten der Roten Garde aufrechterhalten. Der Führer der politischen Abteilung, Kriakow.

Verhaftungen und Straßenkämpfe. Der Petersburger

ger Berichtskorrespondent des „Corriere della Sera“ drückt, daß hundert von Verhaftungen vorgenommen wurden. In verschiedenen Stadtteilen haben Straßenkämpfe mit Gewehr- und Maschinengewehrfeuer begonnen. In mehreren Stellen wurden bereits Barrikaden errichtet. Einige von Kronstadt eingetroffene Kriegsschiffe griffen in den Kampf ein. Laut Meldung der „Daily News“ aus Petersburg vom 18. d. Mts. läuft das Gerücht, daß Samoilow, Filonow und Kerenski, die bisher bei Kaledin waren, nach Petersburg zurückgekehrt seien. In der ganzen Stadt herrsche eine eigentümliche Spannung, wie sie auch vor den früheren Unruhen wahrzunehmen war.

Eine Unterredung mit Buchanan.

Ein Vertreter des Reuterschen Bureaus hatte eine Unterredung mit Buchanan, dem britischen Botschafter in Rußland, der auf Erholungsurlaub in London angekommen ist. Die Auffassung, daß der Botschafter wegen der Lage in Rußland abberufen wurde, ist vollkommen unrichtig. Tatsache ist, daß Buchanan bereits vor einiger Zeit alle Vorbereitungen getroffen hatte, um sich für kurze Zeit zur Wohlbedienten Ruhe nach Hause zu begeben. Er konnte sich jedoch nicht entschließen, seinen Posten auch nur für kurze Zeit zu verlassen. Die fälschliche dramatische Veränderung in der russischen Regierung und die verworrene Lage brachten ihn vielmehr zu dem Entschlusse, daß ungeachtet der Unbequemlichkeiten und des harten täglichen Lebens weder er noch die Mitglieder seiner Familie Petersburg verlassen sollten. Zuletzt gestattete ihm die Entwicklung der politischen Lage sich auf Urlaub nach Hause zu begeben. Buchanan sagte in der Unterredung: Die durch die Nahrungsmittelknappheit entstandene Lage ist sehr ernst. Natürlich bekamen wir in den Gefandtschaften nicht das Schlimmste zu spüren, denn die Behörden bemühten sich natürlich, diese Dinge dem diplomatischen Korps so ruhig wie möglich erscheinen zu lassen. Aber selbst für die Gefandtschaften waren viele Dinge während der letzten Monate nicht zu haben. Die Dinge sind so schlimm geworden, daß eines Tages gefährlicher Lebensmangel eintreten kann. Die allgemeine Ansicht ist, daß die Lebensmittel in einem Monat vollkommen ausgeben werden. Wenn eine Hungersnot eintritt, kann man eine Anarchie erwarten. In diesem Falle wird jedermann in Gefahr sein. Deshalb ist die Lage sehr ernst.

Was die politische Lage anbetrifft, so kann ich offenbar meine Ansicht in der öffentlichen Presse nicht vollkommen zum Ausdruck bringen. Hauptursache ist, daß die Bolschewiki zweifelslos Herren der Lage im nördlichen Rußland sind, wenigstens gegenwärtig. Was die verfassunggebende Versammlung anbetrifft, so scheint es, daß die Sozialrevolutionäre gegenwärtig die Mehrheit haben. Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß die Bolschewiki die tatsächliche Macht haben und sie behalten wollen, selbst mit Gewalt, wenn dies notwendig sein sollte. Die bolschewistischen Lehren sind zweifellos über ganz Rußland verbreitet und finden besonders bei dem Anfluge, die nichts zu verlieren haben. Was die Zukunft Rußlands anbetrifft, so will ich keine Voraussagen machen, selbst wenn ich in der Lage wäre. Von einem bin ich überzeugt, Rußland ist nicht am Ende angelangt. Ein so großes Land kann nicht ausgeblendet werden. Ich glaube, daß sein angeborener gesunder Verstand das Volk befähigen wird, über alles hinwegzukommen. Für die Zukunft dieses großen Landes mit seinen unermesslichen Möglichkeiten ist nicht die Verteilung die Hauptsache, sondern das Auffinden eines Hinwegganges für die Zukunft. Darin vertraue ich auf das Land, in dem ich so viele Jahre zugebracht habe.

Weitere Kriegsnachrichten.

Das Bantguthaben des früheren deutschen Botschafters in Amerika. Grafen von Bernstorff, in Höhe von 900.000 Dollars wurde von der amerikanischen Regierung beschlagnahmt.

Agitation gegen den Papst. In Italien macht sich eine ständig wachsende Agitation gegen den Heiligen Stuhl bemerkbar. Die Angehörigen des Vatikan werden zu Spionen getempelt. Alles deutet darauf hin, wie „Politiken“ schreibt, daß der Papst, falls das Garantiesystem aufgehoben werden sollte, Rom verlassen werde, um seine volle Handlungsfreiheit zu bewahren.

Das morrische französische Finanzgebäude. Das Bern. Tagbl. vom 18. d. M. bringt aus einem Privatbriefe Folgendes zur Angelegenheit Callaux: Private Nachrichten, die ich erhalte, lassen den tieferen Grund der Zwickereien gegen Callaux ziemlich klar erkennen. Die Hauptursache der Angriffe auf den ehemaligen Minister bildet die Furcht vor finanziellen Enthüllungen, die er machen könnte. Das französische Finanzgebäude steht auf sehr schwachen Füßen. Es hat, wie übrigens auch im Vorderbewein, überhaupt eine bellöse Konfusion plattgegriffen mit kolossaler Verheimlichung der Finanzlage. Die politischen Agenten in In- und Ausland machten sich zum Teil einer Art haarsträubenden Geschäftsgebarung (Schulda). Eine engere Interessentpartei sucht nun durch die Mittel der Verheimlichung und Konfusion den Zusammenbruch zu verzögern. In dieses ganze System ist nun wie ein Blitzstrahl noch die bloße Aussicht auf den Staatsbankrott getrieben. Callaux ist aber in der Lage, die Hauptschulden zu nennen. In größter Eile sucht nun die Börse mit dubiosen Papieren aller Art in den dumpfen neutralen Staaten abzuleben und sich rasch noch große Kredite zu verschaffen. Dazu bemerkt die Redaktion des Blattes: Schon längst sprachen wir unser Mißtrauen gegen die Franzosen und Italiener zu gewährenden Krediten aus. Die Politiker und Bankleute, die uns dieses üble Geschenk bringen, mögen zusehen, wie sie uns vor Schaden bewahren. Sie tragen die Verantwortung dafür, daß immer mehr schweres Kapital immobilisiert wird. Das wir von den Franzosen keine russischen Papiere nehmen werden, ist ja sicher, aber niemand weiß, wie der Krieg ausgehen wird, und dann?

Sächsischer Landtag.

Wst. Dresden, 21. Januar.

Zweite Kammer.

Am Regierungstisch Staatsminister Dr. Beck, Graf Bismarck von Göttingen und von Eberwitz. Nach Erledigung mehrerer Kapitel des Rechnungsbereichs erfolgt die Schlussberatung über Kapitel 32 und 33 des ordentlichen Staatshaushaltsplanes, Gesamtministerium, Staatsrat sowie Kabinettskanzlei betr. Abg. Dähnel (Kons.) beantragte als Berichterstatter die Einstellungen nach der Vorlage zu genehmigen. Abg. Dietel (F. Sp.) bittet, bei den Personalfragen der Beamten die Disziplinarstrafen nach einer gewissen Zeit zu streichen. Abg. Fräßdorf (Soz.): Seine Partei werde die Einstellungen für das Kapitel Gesamtministerium ablehnen, weil die Regierung sich in steigendem Maße dem Willen und den Interessen des Volkes entgegenstelle. Die Kriegstreiber fanden bei ihr Unterstützung. Redner wendet sich gegen das bekannte Königstelegramm vom 8. Januar an den Bogländischen Ausschuss für einen deutschen Frieden, das den Volksinteressen zuwiderlaufe. Eine Regierung, die solche Vorträge einbringe, wie die Reform der Ersten Kammer und die neue Landtagsordnung, könne nicht länger die Unterstützung der Volksvertreter finden. Staatsminister Dr. Beck: Der vom Abgeordneten Dietel geäußerte Wunsch wird bereits den Gegenstand von Erwägungen des Ministeriums. Der Minister verwarf

die Regierung gegen den Vorwurf, daß sie den Volksinteressen entgegenstehe und die Kriegstreiber unterstütze. Ueber das erwähnte Königstelegramm sei kein Benehmen mit dem Gesamtministerium erfolgt, sondern es habe lediglich eine Besprechung des Königs mit dem Minister des Innern stattgefunden. Ueber das Gesamtministerium teile völlig die in dem Telegramm zum Ausdruck geformte Siegesüberlist des Königs. Staatsminister Graf Bismarck von Göttingen: Das Königstelegramm habe ihm vorgelesen und sei mit seinem Willen abgegangen. Obwohl eine verfassungsmäßige Verantwortung nicht notwendig sei, übernehme er doch für das Telegramm, sowie für den späteren Dankeschreiben die volle staatsrechtliche Verantwortung. (Beifall.) Die Regierung verwarf sich gegen den Vorwurf, Anreizungsvorträge zu treiben, ebenso aber auch gegen das Anführen, sich auf eine Politik des Verzichts festzulegen. Sie wolle einen auf ehrlicher gegenseitiger Verständigung beruhenden Frieden. Abg. Poser (Nat.): Die Regierung möge dafür sorgen, daß die wirtschaftlichen Interessen Sachsis bei den Friedensverhandlungen im Osten nachdrücklich gewahrt werden, wie es von Seiten Bayerns geschieht. Staatsminister Graf Bismarck von Göttingen: Der Entsendung des bairischen Vertreters nach Dresden liegt eine Vereinbarung von 1871 zu Grunde, wie sie für Sachsis nicht bestehe. Ueber den Gang der Friedensverhandlungen werde die sächsische Regierung ausführlich unterrichtet. An der Errichtung eines deutschen Forschungsinstituts in Sachsis, wie sie der Abg. Poser wünschte, ist nicht mehr zu zweifeln, nachdem sich die Regierung zur Einstellung namhafter Mittel bereit erklärt habe. Abg. Brodau (F. Sp.) tritt hinsichtlich der Kriegsziele und der Auffassung über das Königstelegramm den Ausführungen des Abg. Fräßdorf bei. Abg. Böppel (Nat.): Bei der günstigen militärischen Lage müsse in den Friedensverhandlungen darauf Rücksicht genommen werden, was das Wohl des Deutschen Reiches fordere. Abg. Fleißner (Unabh. Soz.) schließt sich den Ausführungen des Abg. Fräßdorf an und meint zum Schluß: Dem Volke werde schließlich nichts anderes übrig bleiben, als mit aller Macht sich gegen die bestehenden Verhältnisse aufzulehnen. Präsident Dr. Vogel rügt diesen Appell an die Gewalt. Staatsminister Dr. Beck: Die Rede des Abg. Fleißner vom 27. November vorigen Jahres sei wenige Tage darnach vom Pariser „Matin“ in dem Sinne ausgebeutet worden, wie er es damals vorausgelagt habe. Der Minister verteidigt einem Vorkredner gegenüber den Besuch der sächsischen Minister bei dem Auftreten des Großadmirals von Tirpitz in der Dresdner Reichstagsversammlung. Einem so hochverdienenden Manne die Land zu brücken, als er hierher kam, sei für die Minister Ehrenpflicht und Loyalität geboten. Abg. Zwick (Kons.) verteidigt die Vaterlandspartei gegen die erhobenen Vorwürfe. Ihre Antragsungen seien geeignet, den Krieg zu verkürzen. Abg. Lettner (Nat.) schließt sich dem Vorkredner an und nimmt seine Partei gegen den Vorwurf der Unehrlichkeit in Schutz. Abg. Bar (F. Sp.) erhebt gegen den ihm erteilten Ordnungsruf, den er wegen wiederholter Zwischenrufe vom Präsidenten erhalten hat, Einspruch. Das Haus stimmt der Berechtigung des Ordnungsrufes des Präsidenten mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Fortschrittlichen Volkspartei zu. Diese Abstimmung soll aber auf Grund der Landtagsordnung, auf die der Abg. Günther (F. Sp.) hinweist, in der nächsten Sitzung wiederholt werden. Abg. Seyfert (Nat.) tritt für einen Verständigungsfrieden und für eine Verständigung auf dem Gebiete der inneren Politik ein. Abg. Brodau (F. Sp.) leugnet die Möglichkeit eines Friedens, wie ihn die Vaterlandspartei wolle. Abg. Sander (Soz.): Die sächsische Regierung tue nichts, um die Verhandlungen einzulösen, die im August 1914 von dem Kaiser und der Reichsregierung dem Volke gemacht worden seien. Mit der Entschädigung, die in der Erreichung wirtschaftlicher Vorteile bestünde, erklärt Redner sich einverstanden.

Abg. Dr. Böhm (Kons.): Die ganze Ausschrede drehe sich eigentlich um den Friedensschluß der Reichstagsmehrheit vom 19. Juli. Der Deutsche müßte sich vor seinen Vorfahren und seinen Enkeln schämen, wenn er auf die sorgfältigsten Kambiansagen unserer Gegner immer wieder nichts als Friedensangebote hätte. Heute sollte man lieber gar nicht mehr von Stockholm reden. Damit ist nach 1/9 Uhr abends die Ausschrede über diesen Gegenstand geschlossen. Nach persönlichen Bemerkungen und sachlichen Mitteilungen werden die Einstellungen bei den Kap. 32 und 33 gegen die Stimmen der Sozialdemokraten beider Richtungen bewilligt. Darauf werden bei einer ganzen Anzahl Kapiteln des Rechnungsbereichs die vorgeschlagenen Ueberschreitungen nachdrücklich genehmigt. Ferner werden die Einstellungen für Kap. 62 des ordentlichen Staatshaushaltsplanes, Botanischer Garten und Pflanzen, Bibliothekliche Verfassung zu Dresden, Kapitel 63 a, Landesmeterwerk, und Kap. 66, Eichwägen, ohne Ausrede, nach der Vorlage angenommen. Schließlich steht zur Beratung der Fortschrittliche Antrag, die Auffindigung von hobotarischen Schußkörpern betr. — Abg. Günther begründet seinen Antrag. Das Haus verweist den Antrag nach längerer Erklärung des Ministerialdirektors Dr. Roscher und des Justizministers Dr. Nagel über die bisherigen Maßnahmen der Regierung zur Vorberatung an die Gehebeschreibungsverwaltung. Schluß der Sitzung nachts 11 Uhr. Nächste Sitzung morgen Mittwoch, mittags 12 Uhr: Staatshaushalt des Gesamtministeriums.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Der Kaiser zu der Hochwasserkatastrophe in Westdeutschland. Seine Majestät der Kaiser hat an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Freiherren v. Rheinbaben, folgendes Telegramm geschickt: Das schwere Unglück, das die Hochwasser der Rabe über zahlreiche Familien in Aremach, Rhen und anderen Gemeinden gebracht hat, erfüllt mich mit wärmster und herzlichster Anteilnahme. Ich habe veranlaßt, daß Ihnen zur Unterstützung der ersten Not 50000 Mark schleunigst überwiesen werden. Im übrigen sehe ich Ihrem eingehenden Bericht baldigst entgegen. Sagen Sie den Betroffenen, wie herzlich ich ihrer gedente, zumal der Kriegerfamilien, die die schweren Tage ohne männlichen Schutz durchmachen mußten. Wilhelm, I. R.

Der Reichsanzeiger enthält Bekanntmachungen über die Gewährung von Zulagen zur Gegenrente aus der Unfallversicherung, ferner über die Gegenleistung im Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn hinsichtlich der Bewilligung von Zahlungskrediten an Kriegsteilnehmer, ferner betr. Verringerung der Verzinsung über die Einführung von pflanzlichen und tierischen Oelen und Fetten sowie Seifen vom 4. März 1918, über den Verkehr mit Treibriemen und über wirtschaftliche Vergeltungsmaßnahmen gegen Brasilien.

Friedberg zum Bundesratsbevollmächtigten ernannt. Wie der Reichsanzeiger meldet, wurde der Vizepräsident des Gesamtministeriums Staatsminister v. Friedberg zum Bevollmächtigten Preußens zum Bundesrat ernannt.

Goldene Hochzeitfeier des bairischen Königspaars. König Ludwig und Königin Marie überle von Bayern begaben am 20. Februar das Fest der Goldenen Hochzeit. Ihrem Wunsche entsprechend, soll die Feier mit Rücksicht auf den Ernst der Zeit in einfachster Weise begangen werden.